

Diskussion im Dom Brandenburg: Wie die Kirche sich neu aufstellt

Christen bleiben staatsfern, sind aber nah an der Politik – Lehren für die künftige Arbeit in Gemeinden

Von André Wirsing

Brandenburg/H. Seit der friedlichen Revolution hat die Kirche in Ostdeutschland eine starke politische Rolle gespielt. Schon gibt es Stimmen, die fordern, man soll sich jetzt wieder aufs „Kerngeschäft“ reduzieren. Doch Kirche war immer politisch tätig.

Mit der konstantinischen Wende und der im Jahr 313 erlassenen Mailänder Vereinbarung der Kaiser Konstantin und Licinius gewann das Christentum an Einfluss im Römischen Reich und wurde schließlich im Jahr 393 zur Staatsreligion erhoben, neben der andere Religionen – mit Ausnahme des Judentums – offiziell nicht mehr geduldet wurden.

Den weiten Bogen zurück hat Pfarrerin Ellen Ueberschär in einem vom Dom-Förderverein organisierten Vortrag „Wie politisch darf Kirche sein?“ geschlagen. Ueberschär ist Vorständin der Stephanus-Stiftung in Berlin und Mitglied im hiesigen Domkapitel.

Wichtig war in der neueren Geschichte beispielsweise auch die Barmer Bekenntnissynode 1934 zur Bekennenden Kirche zur Zeit des Nationalsozialismus. In den beiden deutschen Staaten nach dem Krieg spielten die evangelischen Kirchen unterschiedliche Rollen: In der DDR wehrten sich die Christen dagegen, den Staat als einzige politische Macht anzuerkennen. Im Westen übte man sich im Einfluss innerhalb der Demokratie – die Kirche beteiligte sich an den Debatten zur Wiederbewaffnung, zur Wirtschaftsordnung und zum Recht auf Abtreibung. Ethische und christliche Fragen wurden so politisiert.

Die Vortragende spart Zweifel und Kritik nicht aus. „Wir haben eine große Diversität, es gibt nicht ‚die evangelische Kirche‘, die für alle spricht.“ Als Beispiel nennt sie die Debatte um den assistierten Suizid. Es gebe zwar seit 2020 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, aber noch keine Entscheidung im Bundestag. „Das wird ein hartes Thema, auch in unseren diakonischen Einrichtungen – für die Bewohnenden wie für die Mitarbeitenden.“ Die von ihr mitgeleitete Stephanus-Stiftung versorgt 10.000 Menschen in Berlin und Brandenburg im Alter, mit Behinderungen, in der Kinder- und Jugendfürsorge mit 3800 Mitarbeitern.

Auch sei das Ringen um die Friedensethik seit dem 24. Februar mit Putins Krieg gegen die Ukraine in eine tiefe Krise gestürzt, nachdem man sich jahrzehntelang in einem einseitigen Nationalpazifismus wohl gefühlt habe. „Das wird noch massive Debatten auch in der Kirche geben“, ahnt Ellen Ueberschär. „Das wird nicht nur sicherheitspolitisch, auch religionspolitisch eine Zeitenwende.“

In diesem Sommer kam zudem die Nachricht, dass weniger als die Hälfte aller Deutschen noch Mitglied in einer Kirche seien. „Das bedeutet, die Legitimation der Kirchen, für eine Mehrheit der Bevölkerung zu sprechen, sinkt.“ In den vergangenen Jahrzehnten habe es zwei Trends gegeben, die den Prozess vorantrieben – die

Säkularisierung und die religiöse Pluralität. So habe es beispielsweise auch in der Landeskirche erst unter Bischof Markus Dröge einen Beauftragten für den interreligiösen Dialog gegeben.

Die Entwicklung könne man sogar in der Besetzung der obersten Volksvertretung ablesen: Seien in der 12. Legislaturperiode noch 70 Prozent der Bundestagsabgeordneten Mitglied einer Kirche gewesen, sind es aktuell in der 20. Periode nur noch 54 Prozent.

Aus diesen Erkenntnissen leitet die Pfarrerin mehrere Schlüsse ab: „Wir müssen von unserem Auftrag her denken, also aus der Position von politischer Diakonie, Mündigkeit und Verantwortung. Wir können nicht mehr von den Mitgliederzahlen her argumentieren. Wir sind staatsferner, aber politiknah.“

Für die Zukunft der evangelischen Kirche hat Ellen Ueberschär drei Empfehlungen in drei Worten, die sich gegenseitig bedingen sollten: Bildung, Vernetzung, Thinktanks. Mit Letzterem gemeint sind die eigenen „Denkfabriken“ – kirchliche Akademien, Fakultäten, Institute, aber auch Kirchentage.

Quellenangabe: Brandenburger Kurier vom 15.10.2022, Seite 23